

37. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

12. November 1952

578/J

Anfrage

der Abgeordnete Czernetz, Singer, Dr. Tschadek, Appel, Dr. Neugobauer und Genossen
an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Inneres
wegen Unterdrückung der Pressefreiheit durch die sowjetische Besatzungsmacht.

-.-.-

Im Diskussionsorgan der Sozialistischen Partei Österreichs, "Die Zukunft", Nr. 10/11, Oktober/November 1952, ist ein Artikel über die russische Oktober-Revolution erschienen.

(Dem Original der Anfrage ist dieser Artikel von J. Hubert, Paris, unter dem Titel: "Die Oktoberrevolution - Zum 35. Jahrestag der bolschewistischen Machtergreifung" beigegeben.)

Die sowjetische Besatzungsmacht hat in der von ihr besetzten Zone Österreichs die Beschlagnahme der sozialistischen Zeitschrift "Die Zukunft" angeordnet. Alle Gendarmerie- und Polizeibeamten wurden angewiesen, bei den Verkaufsständen, Bezirkssekretariaten der SPÖ, aber auch bei den Postämtern die Exemplare dieser Zeitschrift sofort einzuziehen.

Eine solche beispiellose Unterdrückung der Pressefreiheit gibt es in Europa nur noch in den faschistischen Staaten Franco-Spanien, Portugal und in den Volksdemokratien.

In Österreich aber haben sich alle Besatzungsmächte einschliesslich der sowjetischen Besatzungsmacht zu den Grundsätzen der Demokratie, also auch zur Anerkennung der Pressefreiheit, verpflichtet. Diese Verpflichtung obliegt den Besatzungsmächten in Österreich auch gleichzeitig auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu den Vereinten Nationen. (UN).

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler und an den Herrn Bundesminister für Inneres die nachstehende

Anfrage:

Sind der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundesminister für Inneres bereit, bei der sowjetischen Besatzungsmacht gegen die der österreichischen Bundesverfassung zuwiderlaufende Beschränkung der Pressefreiheit durch Beschlagnahme der Zeitschrift "Die Zukunft" zu protestieren und die Freigabe der beschlagnahmten Exemplare zu verlangen?

-.-.-